

Aus dem Journalstudio begrüßt sie Franz Renner, Samstag der 26.

August, das Mittagsschonal heute unter anderem mit diesen Themen.

Der Tourist zerstört das, was er sucht, indem er es findet, dieses Zitat wird Hans Magnus Enzensberger zugeschrieben. Unter dem Begriff Over Tourism schlägt sich das heute an vielen Orten in Österreich nieder, kaum mehr erträgliche Besucherströme. Welche Ansätze es gibt, um sie zumindest besser zu lenken, darüber berichten wir und wir sprechen live mit dem Bürgermeister von Hallstadt, wo es vielen in der Bevölkerung längst reicht. Morgen findet eine Straßenblockade statt. Zu einem anderen großen Thema dieser Tage, den mittlerweile für manche Existenzbedrohend hohen Zinsen für Immokredite, die mit den variablen Zins setzen. Dazu ist erste Bankchef Willy Balchenko im Journalzugast. Er ist auch der oberste Bankenvertreter in der Wirtschaftskammer. Er erneuert, das Versprechen der Bankenkreditnehmern entgegenzukommen.

Ein Beratungsversagen der Banken sieht er nicht. Außerdem wird die aus dem Atlantik eingewanderte Blaugrauber in der Adria die Muschelbestände dezimiert, die gefährlichen Auffahrer im Arbeiten in den Tiroler Wäldern nach den riesigen Sturmschäden im vergangenen Juli und wie lebensgefährlich es in Guatemala sein kann, wenn man als neu gewählter Präsident gegen die Korruption auftritt. Das und mehr gleich eingangs aber wie gewohnte Wetterbrucknose. Kunda Schuller bitte. Im Großteil Österreich scheint in den nächsten Stunden die Sonne, auch die restlichen Schau und Gewitter in Niederösterreich klingen bald ab. Allerdings werden vom Rheintal bis zum Invierteln nach und nach Wolken eintreffen. Unlin vor Aarilberg im Außerferne

und im Tiroler Oberland steigt bereits im Lauf des Nachmittags die Wahrscheinlichkeit für heftige Schau und Gewitter. Vorsicht, es kann hageln. Die Temperaturen erreichen 25 bis 35 Grad bis zu 35 etwa in der südlichen Steiermark und im Burgenland. Zurzeit hat es in Wien um 26 Grad. Eisenstadt 30, St. Pölten 25, Linz Salzburg und Innsbruck 24, Bregenz 23, Grad 30 und Klagenfurt 29 Grad. Heute Abend und in der ersten Nacht Hälfte nimmt dann vom Tiroler

Unterland über Salzburg und Oberösterreich bis herein ins westliche und nördliche Niederösterreich

die Unwettergefahr zu. Starkregen, Hagel und Orkanböen sind heute zu befürchten. Wir beginnen mit dem fremden Verkehr. Schönes altmodisches Wort. Tourismus nennt man das Längst. Der trägt viel zum Wohlstand in Österreich bei und gerade heuer läuft der Tourismusmotor wieder auf Hochtouren.

In den Monaten Mai bis Juli gab es fast 40 Millionen Gäste-Nächtigungen, so viele wie seit mehr als 40 Jahren nicht mehr. Der Satz, jede Medaille hat zwei Seiten gilt aber auch hier, von Besuchermassen über laufende Orte, die das Leben dort zuweilen zur Qual machen. Over Tourism

nennt man das im Fachschaggon, wie man ihn vermeiden kann, darüber zerbrechen sich viele im Tourismus den Kopf. Auch der Hallstetter Bürgermeister Alexander Scheuz, mit dem sprechen wir gleich live,

davor aber Max Nikols mit anderen Beispielen für Over Tourism und wie man versucht ihn in den Griff zu bekommen. Dürnstein in der Wachau in Niederösterreich hat etwa 800 Einwohner und weil die Stadt das ist, was man gemeinhin als sehr schön bezeichnet und direkt an der Donau liegt, kommen gerne viele Menschen zu Besuch. Laut einer Studie aus dem Jahr 2019 waren es auch

schon

einmal 12.000 und das an einem Tag. Dürnstein hat deshalb ein Besucherlei-System entwickelt, erzählt Mario Polker, Gastrosprecher in der Wirtschaftskammer, aber auch Chef des Tourismusverbandes

Wachau. Das heißt fünf verschiedene Spaziergänge für unterschiedliche Zielgruppen durch die Stadt und dann haben wir natürlich auch dementsprechend geschaut, dass es ein Backleitsystem gibt und

das große Thema in Dürnstein sind natürlich die Schiffe, die anlegen und Dürnstein besuchen. Da kannst du nie eine gewisse Uhrzeit, wo der dann wirklich da ist. Das ist nur ein Thema. Auch weiter westlich kennt man das Problem, dass es viele Menschen auf kleinen Raum zieht. Im Fall des Hochgebirgsparks Zillertaler Alpen sind es etwa zehn Meter. Eine Hängebrücke sorgt dort regelmäßig

für Verkehrsprobleme, denn ein Foto von dort macht sich gut auf Instagram und Co. wie Andreas Lackner,

Chef des Tourismusverbandes Meierhofen erklärt. Wenn man dort oben ein Foto schießt, kann man davon ausgehen, wenn man selber Social Media affin ist, dass man mit seinem Beitrag auch entsprechende Reichweite erzielt und dementsprechend zieht es eben auch Social Media affine Menschen an.

Und zwar ziemlich viele. Das Problem, die Straße hinauf ist schmal, steil und mautpflichtig. Das führt

oft zu Staus mitten in der schönsten Natur. Mit einem limitierten Online-Ticket-System werden private PKWs jetzt besser organisiert und die Taktung der öffentlichen Busse wurde verbessert. Beispiele wie diese gibt es einige in Österreich. Hallstadt in Oberösterreich etwa gilt als das Musterbeispiel für Over-Tourism. Und dieses Problem werde in Zukunft noch größer werden, wie Tourismusforscher Oliver Fritz vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO sagt.

Dieses Problem wird sich auch aufgrund der Klimakrise in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massiv verschärfen. Wir sehen in Europa bereits jetzt eine Veränderung der Reiseströme. Der Süden Europas wird zunehmend unattraktiver für den Tourismus. Ich rede jetzt von den beiden Sommermonaten, Juli-August vor allem, nicht seinen Nebensaisonen. Es wird immer mehr Menschen geben,

die Zuflucht vor der Hitze auch in den österreichischen Bergen suchen und deshalb müssen wir damit

rechnen, dass dieser der Massentourismus in den alpinen Räumen in Österreich wirklich Einzug hält.

Es sei deshalb schon jetzt wichtig, dass sich Orte-Tourismuskonzepte überlegen, sagt Fritz.

Idealerweise

Geld ist dabei auf das Motto zu setzen. Klasse, Stadtmasse. Und wir schauen jetzt in den Ort, der wie kein anderer in Österreich für Over Tourism steht, nach Hallstadt im Salzkammergut. Weltkulturerbe, 734 Einwohnerinnen und Einwohner, mit angeblich bis zu 10.000 Besucherinnen und

Besucher am Tag, so ganz genau weiß man das nicht. Ich bin jetzt gleich verbunden mit dem Hallstatt der Bürgermeister Alexander Scheutz. Guten Tag aus Wien. Was geht's, Herr Renner? Herr Bürgermeister, es heißt und man hört und liest, die Gäste in Hallstatt würden sich immer weniger benehmen von unverschämten Touristen, die in Häuser eindringen und von aggressiven,

wild packenden Autofahrern ist die Rede. Wie gut oder auch nicht lebt es sich in Hallstadt noch? Ja, es lebt sich in Hallstadt schon. Auch für die Einheimischen noch gut, weil wir schon unsere Rückzugsplätze haben, ob es beim See ist oder ob es oberhalb von Hallstadt im Salzberg ist, also wir sind schon bemüht. Das muss direkt in der Hochsaison aus dem Ortszentrum ein bisschen fernhalten, aber es ist schon erträglich, auch die Jugend ist im Ort da, das Vereinsleben ist ein aktives Vereinsleben. Es ist auch nicht so, dass alle in die Gärten gehen, wie es immer wieder kollportiert wird, das ist auch eigentlich schön, dass man immer wieder hört. Und das benehmen, ja es ist vielleicht ein bisschen anders geworden, ein bisschen vorschöss das Auftreten, weil wir sehr viele Touristen aus dem asiatischen, aus dem arabischen Raum eigentlich zurzeit haben, aus Indien und die kommen viele mit Leihautos und wollen sich heute nicht an diese Regelungen halten, wenn man nicht reinfahren darf, sie in Ortszentrum oder wenn die Parkplätze voll sind und sie werden weitergeleitet, das sind sie heute teilweise aggressiv und verstehen das nicht. Aber wir haben zwölf Beschäftigte auch, die sich um die Parkraumbewirtschaftung, um das Abwickeln dieses Verkehrsstromes zu kümmern und die machen das ganz gut. Vielen im Ort scheint es aber doch zu reichen. Morgen findet eine Blockade des Umfahrungstunnels in Halstadt statt, wegen der mittlerweile unerträglichen Verkehrssituation, wie es heißt, organisiert von der Bürgerliste, sie also die SPÖ unterstützt, dass die ÖVP hingegen nicht. Wie gespalten oder auch nicht ist die Halstätter Bevölkerung in der Einschätzung, dass es so nicht weitergehen kann? Die Bevölkerung ist überhaupt nicht gespalten. Es gibt niemand in Halstadt, der sagt, dass die Situation, wie sie jetzt ist, angenehm ist oder gut ist. Jeder sagt, es ist zu viel, wir müssen Maßnahmen treffen, dass es praktisch weniger wird an Tagesgästen. Dann spießt sich nur an der Vorgangsweise? An der Vorgangsweise spießt es sich, weil wir haben am Jahresanfang heuer eine Klausur gemacht, haben eine gemeinsame Vorgehensweise gewählt und jetzt kommt halt diese Aktion morgen, was ich verstehe, von der Möglichkeit in die Öffentlichkeit mit dem Thema zu kommen, das ist ganz gut, aber es hätte halt abgesprochen gehört innerhalb der drei Fraktionen, weil die Bürgerliste ist eine Bürgerpartei, die ist auch im Gemeinderat und da hätte man halt gemeinsam können. Bevor wir zu den Maßnahmen kommen, die möglicherweise kommen, was hat eigentlich die Gemeinde von den vielen Gästen, die Gewerbetreibenden einmal ausgenommen, es heißt das beste Geschäft der Gemeinde sein, die öffentlichen Toiletten lagen? Das ist natürlich auch eigentlich schön, das habe ich einmal im Spaßhalber gesagt, als ich erklärt habe, wie sich Kommunen finanzieren und da ist um die Grundsteuer gegangen, wo die Gemeinden diesen großen Spielraum hätten und da habe ich gesagt, in Holstof verdienen wir mit den öffentlichen WC-Anlagen mehr als mit der Grundsteuer, weil die sind 6.000 Euro, die Grundsteuer bei einem fünf Millionen Budget ist, da kann ich das Budget nicht sanieren und das wurde dann so immer

wieder

weitergetragen, aber wir haben natürlich auch enorme Ausgaben bei diesen öffentlichen WC-Anlagen,

weil wir natürlich die Betreuung entstandhalten müssen und einen großen Aufwand auch bedarf, aber wie gesagt, natürlich sind wir schon im Plus mit diesen Anlagen. Sie wollen jetzt sein Projekt starten, Sie haben schon angesprochen mit den Nachbargemeinden, dem Tourismusverband und dem

Land und eine Obergrenze für die Besucherzahl diskutieren. Wie soll, wie kann das funktionieren?

Ja, das müssen wir herausarbeiten. Wir haben eigentlich schon ein Haltschaftsverkehrskonzept 2018 ausgearbeitet mit unserem Verkehrsverband mit Bürgerbeteiligung, da ist herausgekommen, die Anzahl der Bus-Touristen drastisch zu reduzieren. Wir sind dann, wie gesagt, mit unserer Parkraumgesellschaft, die sich um alles kümmert und mit den Maßnahmen, dass wir ins Ortszentrum

abgesperrt haben, die Hotelgäste selber schatteln. Wir haben aber einen Punkt gekommen jetzt, wo wir sagen, wir kommen so nicht mehr weiter alleine, wir brauchen mehr Unterstützung auch von außen drum,

binden wir jetzt ein neues Projekt. Aber was kann es sein, wenn ich unterbreche? Was kann Obergrenze bedeuten? Kann das bedeuten am Ende, dass es Drehkreuze gibt und Security an den Ortseingängen? Ja, das muss man sich anschauen, weil wenn die Menschen in Halsstadt schon sind, sie nicht einzulassen, das ist sehr schwierig. Das muss uns Möglichkeiten abfangen. Genau. Und da hoffen wir natürlich mit den Ferntouristen, so wie es heute ist, wenn man buchen muss, Machu Piccio oder solche Sehenswürdigkeiten, dass man vielleicht auch als Ferntourist Halsstadt buchen muss, wenn man nach Halsstadt kommen will, weil die Bürger oder die bewohnerter Umgebung

wird man jetzt anmöden lassen können mit dem Bäcker. Herr Bürgermeister, sind Sie nicht ein bisschen später an? Also Tourismus-Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler hat in einem Interview vor kurzem gesagt, Sie hätten Ihre Hausaufgaben längst erledigen können. Ja, zu diesem Interview muss ich schon sagen, es hat mich sehr überrascht und ich war verärgert und empört darüber. Denn ich

kenne die Frau Staatssekretärin Kraus-Winkler nicht, persönlich, sie war auch nie in Halsstadt. Und jetzt kommt sie mit so einer undurchdachten Aussage, muss ich direkt sagen, denn das kann nur jemand sagen, der die Gegebenheiten verurtenlich kennt. Sie vergleicht uns damit Maßnahmen, die in Einkaufszentren und in Wellness-Hotels, Thermen-Hotels gemacht werden. Sie sind in eine Ferndiagose und da gibt es Gesprächsbedarf ganz offensichtlich. Eine letzte Frage, die man vielleicht eh ganz kurz beantworten kann. Ich möchte schon vielleicht dafür kurz noch sagen, bitte, man kann mit Schulzuweisungen keine Probleme lösen und es kann nicht sein, dass uns eine Staatssekretärin vorwürfe macht, dass uns unterstützt oder Hilfsmaßnahmen anbietet. Das muss ich jetzt schon mal sagen. Weil das hat dem Ort auch sehr viele Menschen vor uns sichert und empört, aber das geht es nicht. Herr Bürgermeister, letzte Frage, die kann man eigentlich mit einer Zahl beantworten. Wie lautet der Ziel, wie viele Besucherinnen und Besucher am Tag verträgt Halsstadt? Ja, das kann ich auch noch nie so sagen, weil ich mir die Zahlen nicht kennen. Wir müssen jetzt Datenzahlenfakt näherheben. Das wird auch Teil dieses Projekts sein. Wir brauchen, wir wissen unsere Zahlen von den Bäckerbäs, von den Bussen. Aber Sie wissen gar nicht genau, wie viele Besucherinnen und Besucher im Tag kommen. Wir wissen nicht, wie Sie mit dem

Schiff

kommen, da haben wir keine Zahlen, wie Sie mit dem Zugang kommen. Aber da haben wir wie viel verträge Halsstadt? 3.000, 5.000, 7.000? 3.500, 4.000, wenn es jetzt wirklich 10.000 sind, was ich aber nicht glaube. Aber ich sage, die Hälfte von denen, die jetzt da sind, die würden wir vertragen. Wo weiß ich, hier immer um Tagesgäste handelt, muss man auch sagen. Was der nächtliche Tourismus betrifft, da haben wir sehr wenige Gäste in Halsstadt für diese Verhältnisse. Da sind wir noch verbesserungswürdig. Da heißt der Bürgermeister Alexander Scheuz, war das live hier bei uns. Danke, dass Sie Zeit gehabt haben. Alles Gute nach Halsstadt. Danke schön, Herr Rennert. Wir hören. Als Halsstadt an einen anderen Touristen-Hotspot in Österreich, nach Ishke. Nicht um die Zukunft geht es, sondern um die Vergangenheit. Ishke ist ja nicht nur für Skifahren und Fallen, apres Skibekan, sondern auch als Virusschleuder am Beginn der Corona-Pandemie.

Wobei der Oberste Gerichtshof kein rechtswidriges oder schuldhaftes Verhalten der Behörden festgestellt hat. Dieses Urteil hat für großes Aufsehen gesorgt, zumal die Höchststrichter gleichzeitig falsche Informationen in der Krisenkommunikation der Tiroler Behörden eingeräumt haben. Die Analyse eines bemerkenswerten Urteils von Stefan Kappacher. Rund 11.000 Ansteckungen zu Beginn der Corona-Pandemie hatten sich auf Ishke apres Skilokale zurückführen

lassen. Der Vorwurf an die Behörden, sie hätten zu spät reagiert und falsch informiert. Dazu der Verwaltungsrechtsexperte Peter Busjäger. Es ist in der Judikatur prinzipiell klargestellt, dass staatliche Warnungen, ob jetzt das Warnungen vor Lawinen sind oder ob es sich um Finanzmarktprodukte

handelt oder ob es sich um gesundheitliche Fragen dreht, dass diese staatlichen Informationen grundsätzlich der Amtshaftung unterlegen. Betroffene und Hinterbliebene haben geklagt, die Sache landete beim Obersten Gerichtshof und der sagte, die Republik haftet nicht, auch wenn das Land die rollfalsche Medienmitteilungen herausgegeben hat. Berühmt ist die Information

vom 5. März 2020, wonach sich isländische Gäste nicht in Ishkel, sondern auf dem Flug von München nach Reykjavik angesteckt hätten. Diese Mitteilung sei nicht richtig gewesen, so der OGH. Die Behörde habe versucht, Ischglas der Schusslinie zu nehmen. Peter Busjäger dazu. Der Ansatzpunkt, dass hier eine unrichtige Information ergangen ist, war schon richtig, allerdings die konkreten Umstände haben nach Auffassung des Obersten Gerichtshofes eben keinen Amtshaftungsanspruch ausgelöst. Denn das Höchstgericht sagt, die Mitteilung habe keine Schlüsse auf zukünftige Gefährdungen zugelassen und daher keinen Vertrauensdatbestand für die Kläger erzeugt. Und das paradoxerweise deshalb eben weil die Krisenkommunikation schwammig

war. Zitat. Insgesamt ist die im konjunktiv gehaltene Mitteilung vorsichtig und waageformuliert. Kommentar von Peter Busjäger. Je konkreter die Information ist, auf die ich vertraut habe, umso eher kann ich, wenn mir aus dem Vertrauen auf diese Information ein Schaden erwachsen ist, dann mit Erfolg eine Amtshaftungsklage einbringen. Und je wäger die Behörde bleibt, desto geringer die Klagsschancen. Das gilt auch für den Gesetzgeber wie Christoph Grabenwater, der Präsident des Verfassungsgerichtshofs, kürzlich im Ö1-Interview am Beispiel Klimaschutzgesetz demonstriert hat. Das deutsche Klimaschutzgesetz hat im Gegensatz zum österreichischen bereits sehr konkrete Vorgaben mit Jahreszahlen. Eine entsprechende

Regelung haben wir in unserem österreichischen Klimaschutzgesetz eben nicht gehabt. Die Folge, das deutsche Gesetz wurde vom dortigen Höchstgericht teilweise aufgehoben. Das waage österreichische

Pendant hingegen nicht. Wir bleiben in Tourismus gefilten, nehmen aber die Biologie dazu und die Farbe blau. In Niederösterreich wird dem Stause Ottenstein wegen Blaualgen derzeit vom Baden abgeraten. Und vor den Küsten Italiens ist es die Blau-Krappe, eingewandert aus dem Atlantik, die sich über die Muschelbestände hermacht. Mit welchen dramatischen Auswirkungen, das hat sich Cornelia Wospanik in Kioca angeschaut, wo die größte Fischereiflotte Italiens zu finden ist. Der Fang des Morgens wird auf Eis gelegt. Den Kioca gibt es dem letzten Fisch-Großhändlermarkt Italiens, an dem die Versteigerung noch mit Flüstern des Angebots von Uhr zu Uhr stattfindet. Hier brüllt niemand. Zwischen Kisten an Fischen immer weniger

Muscheln, dafür immer öfter eine nicht heimische Krabbe. Zum Schleuderpreis von zwei Euro in Großhandel zu haben. Die Blau-Krappe hat an Italiens Küsten keinen natürlichen Feind. Bereits für Jahre kam sie wohl mit großen Schiffen vom Atlantik. Sie liebt es nicht allzu salzig, breitet sich daher im Hinterland von Kioca explosionsartig aus. Mauro Amelao ist Bürgermeister von Kioca und gleichzeitig Fischereisprecher. Er präsentiert dramatische Zahlen, ein Rückgang von 80 Prozent bei Miesmuscheln und Venusmuscheln, den beliebten Kortze und Wongole. Denn diese 80

Prozent würden von der Blau-Krappe gefressen, blitzschnell sei die beim Knacken der Käfige und beim Knacken der Muscheln. Und dann frisst die Krabbe auch noch kleine Fische weg. Ohne natürlichen Feind helfe da nur eines, massiv danach Fischen. Italiens Landwirtschaftsminister ließ sich mit der Krabbe schon in der Küche abbilden. Seine Schwegerin, die Regierungschefin, postete aus dem Urlaub ebenfalls am Bild, lächelnd einen Teller voller Krabben in der Hand. Der Regionalpräsident Veneziens rief zum Pressetermin, zog ein Exemplar aus der Kiste und nannte eine Zahl. 329 Tonnen von dem, beängstigend, das ist dieser Raumvoll. Aber mit Krabbenfang allein wird es nicht gehen, sagt der Bürgermeister von Kioca, die bereits eine Studie mit der Universität von Venedig laufen hat. Wir müssen massiv danach fischen, die ersten Studien zeigen, dass die Weibchen 1,5 Millionen Eier legen. Wir müssen also versuchen, die Weibchen zu stoppen, bevor sie das tun können. Aber es wäre nicht das Veneto, hätte man nicht sofort auch die Geschäftsidee erkannt. Im Restaurant bei Morganin Kioca steht die Blaukrabbe schon auf der Speisekarte.

Sorgsam und aufwendig auslösen, zu gut zubereiten und über die Pasta. Mancher lob den milderen Geschmack,

andere hingegen meinen, die Krabbereiche nicht an die Autochtonen heran. Die Lösung wäre eine Fabrik meint einer der Fischhändler. Irgendwer sollte hier investieren und es würde sich lohnen. Also ab mit dem Krabbenfleisch in die Dose und dann womöglich ab mit den Konserven, wieder über den Atlantik und auf den US-Markt. Dort gilt die Blaukrabbe nämlich als Spezialität. Zu einem Problem, das sich sicher nicht über den Atlantik abschieben lässt. Zu den vielen Immobilienkrediten in Österreich, die variabel verzinsd sind und die mit den steigenden Zinsen viele Vorteils existenzielle Probleme stellen.

Waren die Kreditnehmerinnen undnehmer zu? Risiko bereit oder haben die Banken schlecht über das Risiko



aufgeklärt? Das sind zwei der Fragen, um die es jetzt gleich geht. Wir kommen zu unserer Interviewreihe am Samstag.

Im Journal zu Gast.

Ist heute Willy Balchenko, Chef der Erste Bank und Oberster Bankenvertreter in der Wirtschaftskammer.

Er erneuert, das Versprechen der Bankenbranche Kreditnehmerinnen undnehmern in dieser Situation

entgegenzukommen. Ein Beratungsversagen der Banken sieht er nicht und er nennt auch erste Detail seines

mit Millionen dotierten Fonds der Banken, mit dem Kreditnehmer in Not unterstützt werden soll.

Natja Hahn hat mit Willy Balchenko gesprochen.

Herr Czernko, wir haben diese Woche von Kreditnehmern gehört, die jetzt in Schwierigkeiten sind, weil sie variable Zinsen haben.

Denen wollen sie ja jetzt helfen. Da gibt es auch ein Maßnahmenpaket, das Sie vorgestellt haben.

Bei der Pressekonferenz haben Sie gesagt, Sie haben Ihren Kindern geraten, Kredite mit Fixenzinsen zu nehmen,

um das Risiko einzuschränken. Warum raten die Banken, dass nicht all Ihren Kunden, hätten wir dann nicht weniger Probleme?

Woher nehmen Sie das Bild oder die Meinung, dass die Banken das nicht geraten haben?

Da stimmt so nicht. Wir sind angehalten, unseren Kunden alle Möglichkeiten offen zu legen.

Jetzt gebe ich zu, es mag immer noch besser geschehen und besser getan werden, aber es ist ein Faktum,

dass wir beide Alternativen offen legen.

Wir haben im Morgenjournal diese Woche von zwei Fällen gehört von Familien, die erzählt haben, dass sie nicht

beraten worden sind, zumindest nicht dahingehend, dass man sie auf das Risiko aufmerksam gemacht hat,

was ihre Kreditrückzahlung dann kostet, wenn die Zinsen steigen. Also, da läuft doch was schief.

Das sehe ich ja nicht so. Ich gestelle zu, es gibt immer Einzelfälle und ich würde bitten,

dass wir den Einzelfall nicht verargen. Wenn wir uns die Daten ansehen, dann kann ich sagen,

dass unsere Kreditnehmer die eigene Firmente schaffen wollen, über weite Strecken damit keine Probleme haben.

Die Arbeiterkammer und die Ombudsstelle im Sozialministerium sagen das Gegenteil, die sagen, dass sich die Fälle häufen. Sie sehen das anders? Welche Daten haben Sie?

Wenn ich mir ansehe, wie viele der Wohnraumfinanzierungen notleidend oder wie es so schön heißt, Leistungsstörungen aufweisen, dann reden wir von 0,8 Prozent der gesamten Branche, des gesamten Sexdors.

Wir haben jetzt in den letzten Tagen von dem Vergleich mit Deutschland gehört, wo viel weniger Kredite mit variablen Zinsen vergeben werden. Da bleibt man also eher bei den fixen Zinsen.

Wahrscheinlich aus gutem Grund. Warum ist das in Österreich anders?

In Deutschland war immer Standard eine Fixzinsvereinbarung. Da war die variable Konditionierung der

Ausnahmefahl. Österreich war immer das Land, wo die Finanzierungen auf variabler Basis

erfolgt sind. Wir haben in den letzten vielen Jahren begonnen, diesen Trend umzukehren. Das ist

unterschiedlich gut, unterschiedlich wenig gut gelungen. Das muss ich sagen.

Jeder zweite Kredit, der vergeben wurde im Juni, war noch zu variablen Zinsen. Obwohl die Zinsen so steigen und obwohl es schwieriger wird, die Kredite zurückzuzahlen, ist das nicht unverantwortlich.

Bitte. Ich glaube, wir sollten eines nicht vergessen. Wir sitzen Menschen gegenüber, die einen eigenen Kopf haben. Und eine Fixkondition heißt auch, eine Prämie zu akzeptieren, um diese Zinsfixierung tatsächlich zu bekommen. Und da entscheiden sich dann manche bei aller Beratung Vornachteile für eine variable Konditionierung. Also Sie sehen bei der Beratung keine Fehler

seitens der Banken? Das habe ich nicht gesagt. Da können wir immer besser werden und wir haben auch Gespräche und wir führen auch Gespräche mit dem Ministerraum. Was können wir noch tun?

Was

können wir noch an Beispielen bringen, die helfen zu demonstrieren? Was heißt das für dich, lieber Konsument, wenn sich der Zinssatz um ein Prozent verändert? Jetzt kann ich noch immer sagen,

ist das schon ausreichend? Offensichtlich nicht. Schauen wir uns das große Ganze an. Wir haben ja seit einem Jahr strengere Kreditvergabe regeln für Immobilienkredite. Im Fachjargon nennt man das die Kim-Verordnung. Sie treten immer dafür ein, dass man diese Regelungen lockert. Sind nicht die Beispiele der Kreditnehmer, die jetzt in Schwierigkeiten sind, genau der Beweis dafür, dass diese Regelungen so streng wie sie sind jetzt genau richtig sind? Nein, es ist mehr so berechtigt,

dass wir uns mit dem Thema Neu-Evaluierung der Kim-Verordnung auseinandersetzen. Es haben sich

die Rahmenbedingungen verändert. Das heißt, für mein Begriff ist es berechtigt, darüber nachzudenken.

Die Europäische Zentralbank hat aber nicht ohne Grund empfohlen, dass wir diese strengen Kreditregeln

haben. Ich wiederhole meine Frage, ist es nicht unverantwortlich, jetzt genau das Gegenteil zu fordern? Ich bin ja dabei, dass man die Dinge ordnet und regelt. Ich bin ja dabei, dass man versucht zu verhindern, dass einzelne Entscheidungen treffen, die nun später auf die berühmten Füße fallen. Aber wir dürfen auch eines nicht vergessen. Wir sollten ein Stück weit Flexibilität bei jenem Belassen, die letztlich die Entscheidung treffen. Sie möchten über eigene Verwände verfügen. Und was wollen Sie denn geändert sehen? Ich habe verstanden, es soll darum gehen, dass man den Menschen

mehr Spielraum gibt, was sie vom monatlichen Einkommen für die Rückzahlung ihrer Kredite heranziehen

können. Bis jetzt ist ja 40 Prozent die Oberklasse. Ich habe gar keine konkrete Forderung. Meine Forderung

ist Zahlen, Daten, Fakten und Tisch. Ich bin nicht derjenige, der sagt, das möchte ich erreichen. Ich versuche jetzt alle zu gewinnen, dass wir uns einmal mit den Grundlagen beschäftigen und nicht sofort

den Tunnelblick aufsetzen und sagen, es muss die Leistbarkeitsgrenze von 40 auf 45 Prozent gehen. Aber Ihre Kritiker sagen, Sie wollen damit Ihr Geschäft retten? Nein, das stimmt absolut nicht. Wir sind unseren Kunden verpflichtet. Wir haben zahlreiche Anfragen von unseren Kunden, die



einfach

auch von uns verlangen, eine gewisse Flexibilität. Ich möchte zu dem Maßnahmenpaket zurückkommen und

zu den Details dazu. Sie haben jetzt angeboten, auf Verzugs- und Mahnzinsen für ein Jahr zu verzichten,

für Kreditnehmer, die in Schwierigkeiten kommen. Da sagen Ihre Kritiker unter anderem die Gewerkschaft,

da bewegen sich die Banken ja nicht viel, weil die Leute müssen ja trotzdem ihre Raten und ihre Zinsen zurückzahlen. Ist das alles viel zu wenig, Tropfen auf den heißen Stein? Nein. Sollte jemand in Schwierigkeiten kommen, dann kann das sicher sein, dass das Kosten- und Spesenrat sich nicht beginnt zu drehen. Dass Zeit gegeben ist, mit der Bank eine individuelle Lösung zu finden.

Und da habe ich die Zusage von allen Banken, dass jeder das bemühen, an den Tag gegen Wirt Lösungen zu finden. Und da habe ich ein gutes Beispiel. Covid, da haben wir demonstriert, was es heißt, in kürzester Zeit individuelle Lösungen auf die Beine zu bringen. Wie können diese Lösungen aussehen? Das kann gehen in Richtung Laufzeitverlängerung, das kann gehen in Richtung Duldungsunterbrechung,

das kann bedeuten, dass man nur auf Zinsenzahlungen ein Zeit lang abstellt. Das sind individuelle Lösungen und da gibt es das Versprechen und auch mein ganz persönliches Versprechen, dass wir alles

tun werden, um den Kunden hierin gegenzukommen. Was Sie nicht vorgeschlagen haben, sind zum Beispiel Umschuldungen zu Fixzinskrediten. Warum nicht? Das kann auch eine Alternative sein. Und das

wird Gegenstand einer Diskussion sein, auch mit unseren Kunden, ob es vernünftig ist jetzt auf diesem Niveau, die Zinsen zu fixieren oder ob man nicht versucht, eine Überbrückungslösung zu finden und dann bei einem Zinsniveau, das wieder zurückkommt, sich längerfristig Zinsen zu sichern.

Jetzt haben Sie mehrere Lösungsvarianten skizziert. Die Arbeiter kam erfordert, dass die Spesen für Vertragsänderungen erlassen werden sollen. Meistens kostet das ja was, wenn man einen Vertrag ändert. Sind Sie bereit dazu? Wir sind nicht bereit, zu generellen Regelungen zu kommen. Wir sind bereit, individuelle Regelungen zu treffen. Warum ist das so? Jene 50 Prozent, die bereit waren, einen höheren Preis zu bezahlen, um also das Zinsniveau zu fixieren, wie gehen wir mit denen um? Das sind

dann die Dummen, ne? Das heißt, wir müssen individuelle Lösungen suchen und da gibt es jährliche Bereitschaft. Ich spreche nicht nur von unserem Haus vom ersten Sparkassensektor, ich rede hier wirklich für die gesamte Branche. Kommen wir zu einem anderen Punkt, den Sie vorgeschlagen haben und

zwar wollen Sie einen Fonds einrichten. Sie sprechen davon einen bis zu dreistelligen Millionenbetrag.

Mit diesem Betrag wollen die Banken vor allem jungen Familien helfen, ihre Kredite zu finanzieren. Wie sieht das genau aus? Wollen Sie den Familien dann Geld leihen oder helfen Sie Familienraben zurück zu zahlen? Kann man sich das vorstellen? Auch hier geben Sie uns ein bisschen Zeit. Wir haben

diese Idee vorbesprochen. Jetzt arbeitet eine Arbeitsgruppe daran, wie Details aussehen können. Die Basis Idee ist simpel. Wir trottieren einmalig einen Topf und aus diesem Topf heraus sollen

zeitlich befristet Zinsenzuschüsse gewährt werden. Zinsenzuschüsse für Finanzierungen, im Kontext eigentlich genutzter Wohnraum. Da wird es einen Schwerpunkt geben auf junge Familien.

Das ist gar keine Frage. Aber wie das im Detail ausschaut, wir haben uns zum Ziel gesetzt, im Oktober später hier mit einer sehr konkreten Vorstellung zu kommen. Können davon auch schon Familien profitieren, die jetzt schon verschuldet sind oder betrifft das neue Verträge? Das betrifft neue Verträge. Dann möchte ich jetzt noch einen dritten Punkt ansprechen, der vorgestellt wurde und zwar soll es mehr transparent für Sparer geben. Sie haben jetzt vorgeschlagen, es soll eine neue Plattform geben, wo man die Sparprodukte vergleichen kann. Experten stellen sich das sehr schwierig vor, weil es gibt X-Sparprodukte. Wie soll man die vergleichen? Wir haben auch schon bei den Energiepreisen gesehen, dass es sehr schwierig ist, das umzusetzen. Noch dazu, bei den Sparprodukten sind Zinsen ja auch verhandelbar. Also wie soll das gelingen, da eine Übersicht zu schaffen? Die Idee ist folgende, dass die österreichische Nationalbank keine Plattform einrichtet. Die österreichischen Banken melden dort ihre Angebote ein für sechs Monate, zwölf Monate und 24 Monate, sodass neben anderen Plattformen, wie Durchblicker, wie Plattformen, der Arbeiterkram etc. wie auch eine Plattform haben bei der österreichischen Nationalbank,

wo die österreichischen Banken ihre Preise einmeldet. Wann gibt es diese Plattform? Wie schnell können Sie das entwickeln? Also ich gehe davon aus, das ist eine Frage von Wochen, von wenigen Wochen. Wir sind ja mit der österreichischen Nationalbank im Gespräch. Haben Sie was gelernt aus der Energiepreis-Vergleichsmisere? Also ich verspreche Ihnen wirklich, dass wir deutlich transparent und einfacher sein. Es gibt ja Kritik an den hohen Überziehungszinsen bei Chiro-Konten. Da hat jetzt der Verein für Konsumentenschutz eine Verbandsklage vor. Welche Chancen kann diese Klage haben? Machen Sie sich das Säugen? Diese Klage steht an. Ich möchte da kein Urteil abgeben. Die Banken haben sich da bis jetzt sehr zurückgehalten, das zu kommentieren.

Das heißt, sie machen sich nicht große Sorgen. Also ich gehe davon aus, dass wir in ein, zwei, drei Jahren ein Urteil sehen werden. Aber wir sollten jetzt einmal das Verfahren abwarten. Dann möchte ich noch einen letzten Punkt ansprechen, der in dem Maßnahmenpaket vorgeschlagen wurde.

Und zwar, es geht um die Bundes-Schatzscheine für Private. Also Private sollen dem Staat Geld leihen können. Das ist so eine Art Anleihe. Das hat es schon mal gegeben. Wird das wieder über die Opfer abgewickelt? Nämlich an über die österreichische Bundesfinanzierungsagentur?

Wir sind detailabgewickelt, wird weiß ich nicht, ehrlich gesagt. Aber wir begrüßen es, weil es einen zusätzlichen Stimulus gibt, sich mit seiner Geldanlage zu beschäftigen und es auch einen Beitrag zum Wettbewerb liefern. Aber warum? Entgeht ja Ihnen eigentlich das Geschäft? Es ist Wettbewerb. Wir leben in einer freien Marktwirtschaft und die mag hoffentlich eine soziale freie Marktwirtschaft. Das heißt, man muss da mehr Zinsen bekommen als auf einem Sparbuch?

Lassen wir uns überraschen, wie die Anleihe konditioniert ist. Sie haben bei der Vorstellung dieses ganzen Maßnahmenpaketes auch das Bargeld angesprochen. Ein heißes Thema in diesem Sommer, der Bundeskanzler wünscht sich das Bargeld sogar in der Verfassung. Was sagen denn Sie als Banker dazu?

Also wir sind sicher diejenigen, die das Thema Bargeld unterstützen und wir wollen, dass das dem einzelnen, der einzelnen Bürgerin, den einzelnen Bürger überlassen wird, welches Zahlungsmittel verwendet wird. Auf der ganzen Welt wird digital gezahlt, nur in Österreich fürchtet man sich?

Nein, wir sehen hier natürlich einen Trend, die digital sozialisiert worden sind, für dies das ein anderer Zugang. Aber es gibt Menschen in unserer Gesellschaft, die sind mit dem Schilling, die sind mit dem Euro aufgewachsen und das wollten sie nicht überfordern. Jetzt haben wir über dieses

Maßnahmenpaket gesprochen, auch über das Bargeld. Da sind jetzt viele Dinge dabei, die die ÖVP gut

aussehen lassen und die auch ins ÖVP-Programm passen. Ich nenne jetzt nur ein Beispiel, zum Beispiel den Fonds für junge Familien oder jetzt das Bargeld, was wir gerade angesprochen haben. Ist das Ihrerseits eine Vorleistung für die ÖVP, damit Sie im Gegenzug Erleichterungen bei den Kreditvergaberegeln bekommen? Wir sehen das als ein Gesamtpaket. Es gibt keine Gegengeschäft,

es gibt einen Versuch, vernünftige gemeinsame Positionen zu erzielen. Sie sind aber zuversichtlich, dass Sie die Änderungen bei den Kreditvergaberegeln durchkriegen? Ich bin überzeugt, dass, wenn wir

uns wirklich mit den Zahlen, Daten, Fakten beschäftigen, dass wir möglicherweise den einen oder anderen Blickwinkel neu aufmachen können. Wann, welchen Zeithorizont haben Sie da? Das wird auch im Herbst sein. Vizekanzler Werner Kogler von den Grünen hat im ORF-Sommergespräch

angedeutet, dass man über eine Bankensteuer nachdenken kann. Ist das jetzt vom Tisch nach diesem Maßnahmenpaket, glauben Sie, oder rechnen Sie damit, dass da noch was kommt? Ich kann nur

verweisen auf die Aussagen des Finanzministers. Das heißt, dass das nicht kommt? So habe ich es verstanden. Sie haben vorhin im Gespräch auch gesagt, dass Sie davon ausgehen, dass sich die Zinsen wieder legen werden, also dass sie wieder sinken werden. Wann rechnen Sie denn damit? Wir gehen doch davon aus, dass nach einem nochmaligen kleinen Zinsschritt so etwas wie eine Plateaubildung haben werden. Wir gehen davon aus, dass über die nächsten zwei, drei Jahre die Zinsen

doch zurückkommen werden. Wir gehen davon aus, dass die Inflation auf Basis der Zinsschritte über die nächsten sechs bis zwölf Monate deutlich zurückkommen werden. Bewegen wir uns dann wieder

bei zwei, drei Prozent oder kommen wir da so schnell nicht mehr? Also unsere Sichtweise ist schon, dass wir 25, 26 wieder in diesem zwei Prozent Territorium uns wieder finden sollten. Abschließend möchte ich noch die RBI ansprechen. Das ist die größte ausländische Bank in Russland seit eineinhalb Jahren, also seit dem russischen Angriffskrieg, überlegt die Bank, wie sie mit dem Russland Geschäft umgehen soll. Schade, dass dem österreichischen Finanzplatz? Ich kann eines dazu

sagen, die österreichischen Banken halten sich penibel an alle Sanktionsvorgaben, zum dem RBI und Engagement in Russland Rückzug versus Nichtrückzug, bitte, das möchte ich nicht kommentieren. Warum nicht? Sie vertreten die Banken, es müsste ja unserem Standort schaden. Das ist eine Entscheidung, die die RBI und ihre Eigentümer zu treffen haben. Sie haben vor einem Jahr die erste Bank übernommen, ihr Vertrag läuft Ende nächsten Jahres aus. Wann wird denn

ihre Nachfolge geregelt werden? Ich gehe davon aus, dass wir im vierten Quartal so weit sein werden.

Also dieses Jahr noch? Ich gehe davon aus. Vielen Dank für das Gespräch. Gerne, danke.

Erste Bankchef Willi Balcianko im Gespräch mit Nadja Hahn, nachhören können Sie das Gespräch über

den Journalzugast-Podcast und in unserer Sound-App. Dazu passende ein quasi pädagogischer Vorschlag

von Robert Holzmann, dem Gouverneur der Nationalbank. Er schlägt eine verpflichtende Schulung vor,

bevor ein Kredit aufgenommen werden darf. In die Tiroler Berge jetzt nicht um den Tourismus geht es

sondern um die Holzwirtschaft. In Tirols Wäldern laufen die Arbeiten nach dem schweren Sturm im Juli auf Hochtouren. 600.000 Festmeter Holz, das sind rund 14.000 Lkw-Ladungen, Lkw mit Anhänger

gemeint, sollen bis zum Frühjahr aus den Wäldern geschafft werden, um die Schutzfunktion der Wälder zu erhalten, vor allem aber auch um eine weitere Verbreitung des Borkenkäfers, dem Gott sei bei uns aller Waldbesitzer zu verhindern. Die Arbeit im alpinen Gelände ist aufwendig, gefährlich, außerdem fehlt es ein Fachpersonal. Wolfgang Bömer war bei den Arbeiten im Oberberg Tal auf einer Seehöhe von 1500 Metern dabei. Seit drei Wochen heulen die Maschinen von Waldarbeiter Lorenz Meixner hier im Wald. Dazu steht die 35 Tonnen schwere Maschine auf einer engen

Fauststraße, mit der die hundertten Bäume, die er und seine Kollegen aus dem Wald schneiden, über eine Seilwinde hin und ins Tal transportiert werden. Jeder Baum steht unter Spannung, ist verbogen. Ein falscher Schnitt bedeutet Lebensgefahr, sagt Meixner. Es ist alles gespannt, ja, da ist ein Anfall, das ist ein Leuherhüt nicht verlangt, für das ist es gefallen.

Von hier aus sieht man hin und ins Tal auf eine kleine Siedlung, eine Siedlung, die der Wald hier eigentlich schützt. Der Schutz, der so nicht mehr gegeben sein könnte, vor allem wenn sich jeder Borkenkäfer ausbreitet, sagt Landesfaustdirektor Josef Fuchs. Das bedeutet, dass die angrenzenden Bestände, die derzeit nachstehen, auch befallen werden, die dann ganze Talschaften haben. Und dann ist es wirklich so, dass diese Täler nicht mehr bewohnbar sind, weil dann der Stein schlägt, weil da Lavinenerosion bei dem nächsten Hochwasser davon ist und dann wird es wirklich dramatisch. So wie hier wird aktuell an 150 Stellen in Tirol an den Sturmschäden in den Schutzwäldern gearbeitet. 120 schwere Geräte stehen dazu im Einsatz. Dazu kommen 22 Hubschrauber

für entlegene Flächen, oft hoch oben dort, wo der Wald eigentlich den Abbruch von Lawinen oder Mooren verhindern sollte. Trotz Hubschrauberinsatz kann man nicht auf jeden Standort des Holzaufräumens

wehbrauchen, auch zum Hubschrauberbodenpersonal, die die Bäume abschneiden von den Sturken trennen.

Wie gefährlich der Job ist, zeigt auch die kalte Statistik. Auf 100.000 Festmeter Holz kommt statistisch ein Todesopfer. Hier in Tirol liegen 600.000 Festmeter. Bislang hat es heuer schon 19 Rettungseinsätze bei Holzarbeiten in Tirol gegeben. Auch deshalb sollten nur Profis den Job erledigen. Profis, die angesichts derartiger Schadholzmengen fehlen. Das heißt, dass wir zwar grundsätzlich für die meisten Schadensflächen eigentlich eine Zusage von irgendwelchen

Schlägerungsunternehmen haben, zum Teil aber warten müssen bis in September oder Oktober. Wenn

wir es bis Jahre sind, die schaffen, die meisten Flächen aufzuarbeiten, dann haben wir Glück. Das ganze kostet der Schaden für die Waldbesitzer liegt bei rund 30 Millionen Euro. Die ersten Aufräume erweitern werden auf rund 25 Millionen Euro geschätzt. Viel Geld, aber deutlich weniger. Also wenn man alles hier verbauen müsste, wenn der Schutzwald zerstört wird, sagt

Landwirtschaftsminister

Norbert Dotschnik. Und deswegen sind wir auch da und wir nehmen auch die Bilder mit nach Wien. Man muss die auch vorlegen, wenn es darum geht, Budgets auch zu verhandeln. Und genau das

werden wir machen, denn es braucht hier zusätzliche Mittel. Denn am Ende geht es um den Schutz der

Siedlungsgebiete und den Schutz der Bevölkerung. Jetzt hofft man vor allem auf einen späten Wintereinbruch, denn das würde viel wertvolle Zeit bringen, um noch heuer möglichst viel Schadholz

aus den Wäldern zu bekommen, ehe das Frühjahr und damit spätestens ab April der Baugengefer kommt.

Und noch einmal schauen wir zurück auf Wetterereignisse mit lang anhaltenden Folgen. Zu Frühlingsbeginn

waren die Grundwasserpegel in Weiteiten Österreichs auf einem historischen Tiefstand. Regen im April und Mai hat die Situation vor dem Sommer entspannt. Und dann wiederum abwechselnd

Hitze, Trockenheit, Starkregen. Was das für die Grundwasserpegel bedeutet, hat Christine Linduska recherchiert. Die gute Nachricht lautet, die Grundwasserkörper haben sich österreichweit erholt. Allerdings nicht gleichmäßig. Vor allem an der Alpen-Nahrzeite und im Osten Österreichs liegen die Pegelstände vielerorts noch immer unter dem langjährigen Mittel. Im Gegensatz zu Südösterreich. Natürlich sehen wir jetzt in den Gebieten, wo es so stark geregnet hat, dass die Grundwasserstände sprunghaft nach oben gegangen sind und so hoch sind, wie viel vielleicht überhaupt

noch nicht waren in der Messgeschichte an manchen Stellen. Sagt Roman Neuntäufel, Experte für Wasserversorgung an der Bukowin. Das sei allerdings eine Momentaufnahme, die sich in ein, zwei Monaten

schon wieder ganz anders darstellen könne. Denn kleine Grundwasserspeicher wie in Kärnten unterliegen

schnellen Schwankungen. Hingegen, das südliche Wiener Becken, einer der größten Grundwasserkörper

Österreichs, war Anfang des Jahres auf einem historischen Tiefstand. Jetzt liegt der Pegel hier wieder im niedrigen Normalbereich, nach einem regenreichen Frühling und trotz der rauffolgenden Hitze und Trockenheit im Osten. Hitzewellen, gefolgt von Unwettern und Starkregen, das hat auch Einfluss auf die Qualität der Grundwasserressourcen. Den Grundwasserhälften in diese Backenunterschläge

nur wenig, weil sie weniger leicht einsickern ins Grundwasser, weil viel oberflächlich eben davon riecht. Bei solchen Anrutschungen kommen Verschmutzungen von der Oberfläche leichter ins Grundwasser. Und der Grundwasserkörper braucht dann wieder einige Zeit, um sich zum

Beispiel

bei bakteriologischen Verhühreinigungen zu erholen. Mindestens 30 Tage dauert die Selbstreinigung.

Auch nach Dürreperioden kann es zu Verunreinigungen kommen, weil durch tiefe Trockenrisse im Erdreich

Niederschläge zu schnell und fast ungefiltert ins Grundwasser sinkern. In Wasserschutzgebieten gelten deshalb besonders strenge gesetzliche Regelungen. Z.B. sollen dort auch nicht unbedingt gerade Fichten gepflanzt werden, weil Fichten sind Flachmurzler. Und bei starken Stürmern können diese Bäume ungerissen werden und da können wiederum Kontaminationen, wenn es dann stark regnet,

in den Grundwasserkörper gelangen. Während gut durchfeuchte des Grasland einen hervorragenden Filter darstellt, sagt Roman Neuntäufel. Deshalb sei eine gute Schneedecke im Winter essentiell für die Grundwasserbildung. Wir können einen schneereichen Winter haben. Es kann aber auch wieder so werden

letztes Jahr. Dann werden wir im Kommen früher wieder darüber diskutieren, dass die Grundwasserkörper

schon wieder einen Dienststand aufweisen. Aber die Grundversorgung der Bevölkerung mit Wasser zum Trinken und Kochen wäre auch dann nicht in Gefahr, betont Wasserexperte Roman Neuntäufel. Weit weg jetzt nach Guatemala. Dort hat am Sonntag mit Bernardo Arevalo ein Außenseiter, die Präsidentschaftswahlen gewonnen, gegen den Willen und gegen den Widerstand der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Der Versuch, Arevalos Antreten bei der Stichwahl zu verhindern, war gescheitert. Jetzt gibt es Morddrohungen gegen ihn. Arevalo, der das Amt Anfang kommenden Jahres antritt, wird es schwer haben in einem Land, in dem Korruption zur Alltagskultur gehört, analysiert Ernst Gernsmeier. Die noch amtierende Regierung des Guatemaltäkischen Präsidenten Alejandro Giambrone beteuert alles zu tun, um selbst ihre Gegner zu schützen. Die Sicherheit des am Sonntag gewählten Antikorruptionskämpfers Bernardo Arevalo soll ab sofort verstärkt werden, nachdem Morddrohungen gegen Arevalo bekannt wurden. Von Vorsichtsmaßnahmen spricht Arevalo,

der die Drohungen erstmals bestätigt. Das Arevalo in Gefahr ist allerdings kein Geheimnis. Sein eigenes Sicherheitsteam hat schon vor der Wahl Hinweise auf Anschläge bekommen,

die von kriminellen Unterbeteiligung von Agenten des Staates ausgeführt werden sollten.

Bernardo Arevalo hat das Establishment herausgefordert. Alles, was wir wollen,

ist, dass sie das Geld nicht stehlen, hat er im Wahlkampf überall den Eliten ausgerichtet.

58 Prozent der Stimmen hat er dafür erhalten. Seine Konkurrentin Sandra Torres, die für das weiter wie bisher eingetreten ist, hat nur 37 Prozent bekommen, will das Ergebnis jetzt aber dennoch wegen angeblichen Wahlbetrugs beanspruchen. Es ist ein Versuch, die Machtübernahme Arevalos

doch noch zu verhindern. Schon vor dem ersten Wahlgang im Juni wurde eine Reihe von Antikorruptions

Kandidaten ausgeschlossen. Arevalo wurde nicht behelligt, weil ihm in den Umfragen keinerlei Chancen eingehäutet wurden. Als er es überraschend in die Stichwahlen schaffte begannen die Mühlen der Justiz zu malen. Ein Staatsanwalt liess seine politische Bewegung Semilla das Saatkorn verbieten.



Nach Protesten und internationalem Druck wurde die Entscheidung bei Gericht kassiert. Diese Woche

wurden die Ermittlungen allerdings wieder aufgenommen. Einem Staatsstreich käme es gleich, würde die Justiz versuchen Arevalo auszuschalten, sagt der Politikexperte Edgar Ortiz in Guatemala statt. Er fürchte, dass genau das die Absicht sei. Guatemala mit seinen 18 Millionen Einwohnern wird von einer korrupten Politikerelite regiert, gestützt auf einige große Unternehmerfamilien im Verbund mit den Militärs und mit der organisierten Kriminalität. Auf den 64-jährigen Soziologen Bernardo Arevalo setzen vor allem viele junge Guatemaltäkinnen und Guatemaltäken ihre

Hoffnungen. Angesichts der zu erwartenden Widerstände der Machtelite könnten diese Hoffnungen schnell enttäuscht werden. Wiederum großer Sprung an die israelisch-libanesischen Grenze, wo die Lage so angespannt ist, wie seit 2006 nicht mehr. Wie schon 2006 der Roter Konflikt zwischen Israel und der vom Iran unterstützten Terra Miliz Hispola zu eskalieren und schon auch das Schreckgespenst von einem offenen Krieg zwischen Israel und dem Iran auf. Von der israelisch-libanesischen Grenze berichtet Nikolas Wildner.

Mit Tula, die nördlichste Ortschaft Israels, an drei Seiten von der libanesischen Grenze umgeben. Viele der wenig als 2000 Einwohner leben von der Landwirtschaft. Übrige Obstplantagen nutzen hier die letzten Meter bis zur Grenze. In der flimmenden Mittagssitze dahinter patrouillieren weiße Fahrzeuge der UN Beobachter Mission Unifil, die im Süd-Libanon den Frieden sichern soll. Doch in den letzten Monaten ist es keineswegs idyllisch entlang der Grenze. Störaktionen durch die libanesischen Hispola Miliz haben dramatisch zugenommen. Steinwürfe, Molotov Cocktails bis hin zur Duldung des Abschusses vereinzelter Raketen durch Palästinensergruppen im Süd-Libanon. Das sei vor allem ein Versuch der Hispola Israel zu testen, während es die Schwerste in den politischen Krisen seiner Geschichte erlebt. Diese Betreffe mittlerweile auch Teile der israelischen Armee, der libanesischen Politologe Mohanad Hajj Ali. Es gibt Reservisten, die den Armee-Dienst verweigern und eine Spaltung innerhalb der israelischen Gesellschaft. Und das ist eine Gelegenheit für die Hispola, die Regeln für die Auseinandersetzung neu zu schreiben. Israel Betont steht im Ernstfall geeint zu sein und antwortet mit Warnungen an die Hispola. Israels Verteidigungsminister Joav Garland. Wenn es hier zu einer Eskalation kommen sollte, werden wir den Libanon in die Steinzeit zurückversetzen. Die Erwiderung von Hispola Generalsekretär Hassan Nasrallah. Wenn ihr den Libanon angreift, werdet auch ihr in die Steinzeit zurückkehren. Daniel Dorsmann betreibt eine Pizzeria in Methula. Seine Wohnung liegt unmittelbar in einem Grenzzaun. Die Provokationen von der anderen Seite seien in den letzten Monaten

tägliche Routine. Jeden Tag beobachten uns Leute mit Ferngläsern richten Laserpointer auf mich und meine Nachbarn. Sie wollen provozieren und uns nerven. Er habe sich daran gewöhnt, so Daniel Dorsmann und führt weiter seinen Hund entlang des Grenzzauns spazieren. Auf dem Hügel

jenseits des Zauns weht eine Hispola-Fahne. Daneben bildet sich gerade eine kleine Menschenmenge. Ein

junger Mann dreht runden auf einem Moped, immer wieder hält er an und fotografiert mit einem Teleobjektiv in Richtung Israel. Auf der israelischen Seite tauchen ein paar schwer bewaffnete Soldaten

auf. Gut gelaunt beobachten sie die Ansammlung auf dem Hügel gegenüber. Sehen und gesehen

werden

mit Austauschobstöner Gesten. Es wirkt fast wie ein derber Zeitvertreib in einem sonst verschlafenen

Grenzland. Doch was hier auf dem Spiel steht, ist alles andere als harmlos. Schon ein kleiner Fehltritt kann an dieser Grenze reichen, um einen Krieg vom Zaun zu brechen. Und das wäre, so fürchten viele, nur der Anfang einer direkten Konfrontation zwischen Israel und dem Iran, um eines Kriegs in der gesamten Region. So, jetzt aber mit Stichwörtern wie Extase, Drogen, aber auch Fotokunst zur Kultur. Die Berliner Tänzerin und Schauspielerin Anita Berberwein hüllen starnt eine Modeikone der Zwischengriegszeit. Sie gilt bis heute aber auch als Sinnbild der exzessiven Farm Fatal. Mit ihrer spektakulären Show Tänze des Lasters, des Grauns und der Extase löste sie in Wien vor ziemlich genau 100 Jahren einen beispiellosen Medienskandal aus. Einblicke in diesen Höhe und zugleich Endpunkt ihrer schillernden Karriere gibt es jetzt bei einer Ausstellung in Wien mehr von Sebastian Fleischer.

Wie eine antike Skulptur steht ein Mann mit schwarz geschminkten Augen, grad ziel und nur mit einem Tuch begleitet da, eine nackte Frau hält ihn knierend umklammert und blickt wie in trans zu ihm auf. Die Fotografie, die einen Großformatik gleich am Eingang begrüßt, zeigt Anita Berber mit ihrem zweiten Ehemann und Bühnenpartner Sebastian Troste. Mit dieser und vielen weiteren Aufnahmen, angefertigt von der Wiener Fotografin Madame Dora, bewahrten die beiden ihr Bühnenstück Tänze des Lasters, des Grauns und der Extase, das ab November 1922 im Wiener Konzerthaus zu sehen war und binnen kürzester Zeit zum Straßenfeger

avancierte. Das waren elf Tänze und es war wirklich eine sehr spektakuläre Bühnenshow, also da wurde mit Lichteffekten gearbeitet, mit Buntem, mit Grell-gelben Licht, das wissen wir zumindest aus Überlieferungen und dann gab es eine am expressionistischen Film angelehnte Bühne,

also da wurden psychische Ausnahmezustände durch verzerrte Perspektiven unter gleichen dargestellt. Beschreibt die Foto-Historikerin und Kuratorin Magdalena Vukovic jenes Stück, das die Wiener Öffentlichkeit wochenlang in Aufruhr versetzte. Kokain, Selbstmord, Morphinum oder Haus der Ehren lauten die Titel der einzelnen Stücke, die zur Musik von Beethoven, Tchaikovsky oder Rachmaninov Drogenmissbrauch, Suizid oder Homosexualität darstellten. Dabei waren es gar nicht diese durchaus sozialkritischen Inhalte, an denen sich die Presse abarbeitete. Vielmehr schrieb sie anlässlich der Premiere über den exzessiven Lebensstil Anita Berbers und einen Vertragsbruchskandal, der schließlich zur Ausweisung des Künstlerpaars aus Wien führte. Das ist eigentlich eine Panalität gewesen in den 20er Jahren im Theater und im Entertainment-Wesen

und das war so ein Skandal und da hat sich alles darum gedreht. Die Medien bezeichneten Berber fortan als Nackt-Tänzerin, obwohl sie sich auf der Bühne nie entblöste. Der Bühnenstar nutzte

den Halb zunächst und erweiterte die Tänze des Lasters zu einem multimedialen Gesamtkunstwerk. Es entstanden ein Tanzfilm sowie ein Buch mit Gedichten und den düster dramatischen Fotografien von Madame Dora, die die Motive des Stücks aufgreifen. Bereits seit 1920 hatte Berber mit der Wiener Fotografin zusammengearbeitet und mit deren Hilfe ihr Image als Wamp und Femme fatal gefestigt.

Aber auch die Begegnung mit der Berber war für die Dora wichtig. Also danach ist dieser typisch

neue Frau dunkelgeschminkte Augen, Kurzhaarfrisur, war auch dann in der Bildwelt von der Dora viel präsenter nach der Begegnung mit der Berber. Sagt Koratorin Magdalena Vukovic. Die Fotografien bilden nun auch das Herzstück der kleinen, aber fokussierten Ausstellung im Foto-Institut Bonartes. 20 Originalabzüge, dazu mehrere historische Zeitungsartikel und ein Filmfragment dokumentieren diesen entscheidenden Wendepunkt im kurzen Leben, der mit nur 29 Jahren verstorbenen Anita Berber und bringen sie als vielschichtige Performancekünstlerin zurück ins Bewusstsein.

Unser Nachrichtenüberblick jetzt noch. Daniela Nikolaj, bitte.

Bei russischen Angriffen im Osten der Ukraine ist ein Café-Haus in einem Vorort von Kubiansk getroffen worden.

Zwei Menschen wurden dabei getötet, einer verletzt, das berichtet der Gouverneur der Region Karkiv.

Unterdessen melden die russischen Behörden Drohnenangriffe im Gebiet Belgorod, das an die Ukraine grenzt.

Zwei Dörfer wurden demnach beschossen, in einem wurden nach Angaben des zuständigen Gouverneurs vier Menschen verletzt und mehrere Gebäude beschädigt.

Eine Drohne im Anflug auf die russische Hauptstadt Moskau soll abgewährt worden sein.

Nach dem mutmaßlichen Tod von Wagnerchef Brigoshin haben russischer Ermittler den Flugschreiber in den Trümmern gefunden.

Der Grund für den Absturz von Brigoshins Privatmaschine am Mittwochabend ist weiter unklar.

Auch die genetische Identifizierung der zehn geborgenen Leichen ist noch nicht abgeschlossen.

Die Rating-Agentur Fitch hat den Ausblick für Österreich von negativ auf stabil angehoben.

Begründet wird die Verbesserung damit, dass die Risiken für die Energieversorgung abgenommen hätten.

Österreichs Bonität für langfristige Fremdwährungsanleihen wurde unverändert, mit dem zweitbesten Wert AA Plus bestätigt.

Die ÖVP kann sich eine Lockerung der Kassenbelegspflicht vorstellen.

Bei Beträgen unter 30 Euro soll keine Rechnung mehr ausgedruckt werden müssen, das soll den Einkauf erleichtern und die Umweltschonen, sagen Staatssekretärin Pluckholm und Wirtschaftsbund Generalsekretär Egger gegenüber der Krone-Zeitung.

Die Debatte um den Kuss nach dem Sieg der Spanierinnen bei der FußballWM geht weiter.

Nach der Rücktrittsweigerung von Fußballverbandspräsidenten Rubiales hat Spielerin Jennifer Hermoso ausführlich Stellung genommen, die er bei der Siegerärgung auf den Mund geküsst hatte.

Sie habe sich als Opfer einer sexistischen und unangebrachten Handlung gefühlt, der sie nicht zugestimmt habe, stellte die 33-Jährige in sozialen Medien klar.

Das spanische Frauen-Nationalteam will nun so lange streiken und nicht mehr antreten, bis Rubiales sein Amt aufgibt.

Danke Daniela Nicolae, fehlt noch eines zum vollständigen Mittagsschmal die Wetterprognose.

In den nächsten Stunden scheint über weite Strecken die Sonne.

In Vorarlberg im Außerfern und im Tiroler Oberland ist es aber nur eine Frage der Zeit,

bis der nächste Schub an heftigen Schauern und Gewittern eintrifft.

Zum Abend hin und in der ersten Nachthälfte steigt dann vom Tiroler Unterland über Salzburg und Oberösterreich

bis herein ins westliche und nördliche Niederösterreich die Gewittergefahr.

Es werden Unwetter dabei sein, es wird nicht nur stark regnen,

auch große Hagelkörner und Windböen von über 100 Kilometer pro Stunde sind möglich.

Auch in Wien wird es in der Nacht stürmisch und heftige Gewitterzellen können hier vor allem die nördlichen Bezirke streifen.

Morgen-Sonntag werden vom Pragens bis ins Buxow, wie im Innviertel

und im oberen Müll- und Waldviertel schon Frühschau und Gewitter eintreffen.

Im Großteil Österreich sind aber bei zum Teil kräftigen Südföhren einige Sonnenstunden drin.

Nach Westen zu 16 bis 26 Grad morgen. Vom Salzkammergut Ost und Südwärts, 27 bis 34.

Das war's für heute mit dem Mittagsschnebel für das Journalteam mit Paul Schiefer und Karls Weizeney

und alle anderen Beteiligten verabschiedet sich Franz Renner. Genießen Sie den Tag!

SWR 2020